

AMT UNTERSPREEWALD



Gemeinde: Unterspreewald

Datum der Sitzung:

Tagesordnungspunkt: ☐

☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich ☐ Dringlichkeit

Beratungsgegenstand: Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Ferienanlage Ploch" der Gemeinde Unterspreewald OT Neu Lübbenau

Einreicher der Vorlage	Vorlagennummer	Datum
Paetsch - BA	13-2021	29.01.2021

A. Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Ferienanlage Ploch" der Gemeinde Unterspreewald OT Neu Lübbenau, in der Fassung vom 26.01.2021, wird von der Gemeindevertretung gebilligt.

2. Die Gemeinde Unterspreewald beschließt die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Ferienanlage Ploch" der Gemeinde Unterspreewald durch eine öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch.

3. Der Entwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Ferienanlage Ploch" der Gemeinde Unterspreewald ist für die Zeit vom 15.03.2021 bis 21.04.2021 im Amt Unterspreewald, Hauptsitz Golßen, Markt 1, Sekretariat, 2. OG, 15938 Golßen sowie in der Nebenstelle Schönwald, Hauptstraße 49, Bauamt, Zimmer S006, 15910 Schönwald OT Schönwalde öffentlich auszulegen.

Montag	9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00 Uhr
Dienstag	9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 18.00 Uhr
Mittwoch	9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 15.00 Uhr
Donnerstag	9.00 bis 12.00 und 13.00 bis 16.00 Uhr
Freitag	9.00 bis 12.00

Während der Offenlage können von jedermann Anregungen und Hinweise schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Die öffentliche Auslegung ist ortsüblich bekannt zu machen.

4. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB erfolgt im Zeitraum 15.03.2021 bis 21.04.2021.

Die in ihrem Aufgabenbereich von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden sind schriftlich zu unterrichten und zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern.

Begründung der Beschlussvorlage:

Die Gemeinde Unterspreewald hat mit Beschluss Nr. 34-2018 am 27.08.2018 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Ferienanlage Ploch" beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgte im Zeitraum 11.06.2019 bis 12.07.2019. Die vorgebrachten Hinweise wurden bei der Erstellung des Planentwurfes berücksichtigt und der Umweltbericht zum Bebauungsplan erarbeitet.

Gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch ist zur Beteiligung der Öffentlichkeit die Offenlage des Planentwurfes durchzuführen. Die sonstigen Träger öffentlicher Belange und Behörden sowie die Nachbargemeinden, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann sind zur Stellungnahme aufzufordern.

Hinweis:

Finanzielle Auswirkungen

Ja ☐ Nein ☒

Die Mittel stehen bei dem Produktsachkonto: _____ im _____ i. H. von _____ € zur Verfügung.

Die Mittel sind im Nachtragshaushalt _____ einzustellen.

Die Maßnahme verursacht Folgekosten in Höhe von : _____ € einmalig
_____ € jährlich
_____ € keine Folgekosten

Zugunsten der Maßnahme werden andere Mittel eingespart ☐ Ja ☒ Nein

Bei Vergaben:

Geplante Ausgaben in dem Produktsachkonto _____ in Höhe von _____ €
noch verfügbare Mittel _____ €
Vergabevorschlag _____ €.

Anlagen

Anlage 1 - Entwurf Bebauungsplan in der Fassung 26.01.2021

Anlage 2 - Begründung zum Entwurf vom 26.01.2021

Anlage 3 - Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vom 26.01.2021

B. Stellungnahme des Ortsbeirates/Ortsvorstehers:

Anhörung war erforderlich

☐ Ja ☐ Nein

☐ Stellungnahme liegt anbei

☐ Stellungnahme lag bei Versendung nicht vor

Datum

Unterschrift der/des zuständigen FA-Leiterin/s:
Schudek - BA

C. Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

- ☐ nach dem Wortlaut der Beschlussvorlage
- ☐ in Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage wie folgt:

**Begründung des Beschlusses bei Abänderung des Wortlautes der Beschlussvorlage
oder Ablehnung der Beschlussvorlage**

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl	Anwesend	Ja	Nein	Enthaltung

An der Beratung und Beschlussfassung haben wegen eines Mitwirkungsverbotes gemäß § 22 BbgKVerf nicht teilgenommen:

--	--	--

Sichtvermerk/Datum:

Amtsleiterin/ Amtsleiter	Amtsdirektor	Vorsitzende/r der Gemeindevertretung
--------------------------	--------------	---